

Abonnements

werden von den Postanstalten, den Briefträgern und unseren
Rezeptionen im Kreise oder direkt beim Verlage angenommen.
Bezugspreis monatlich 1,60 Reichsmark zuzügl. Postgebühren.
Das Teltower Kreisblatt erscheint täglich,
mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Lühnowstraße 87.



Anzeigen

werden im Verlage: Berlin W 35, Lühnowstraße 87, von unseren
Rezeptionen im Kreise und allen Anzeigen-Expositionen angenommen.
Die 6spaltige Millimeterzeile oder deren Raum kostet 8 Pfennig,
die 3spaltige Millimeterzeile im Reklameteil des Blattes
0,28 Reichsmark.

Teltower Kreisblatt

Täglich erscheinende Zeitung.

Postcheckkonto:
Berlin 1519 51.

Nr. 99.

Berlin, Sonnabend, den 28. April 1934.

79. Jahrg.

Amtliches.

Weitere amtliche Bekanntmachungen sind im Interentell
dieser Nummer veröffentlicht.

Eröffnung der Kreisfelle.

Der Graswuchs auf der Kreisfelle im Lühnowsdorf hat
sich infolge der warmen Witterung frühzeitig gut entwickelt.
Wir haben uns deshalb, auch im Hinblick auf die erntungs-
gemäß zum Frühjahr eintretende Futtermittelknappheit, ent-
schlossen, die Stängelfelle des Kreises im Lühnowsdorf
bereits am

Mittwoch, den 2. Mai 1934,

zu eröffnen. Die Aufnahme von Fohlen erfolgt um 11 Uhr
vormittags und die Aufnahme von Füllen anschließend, etwa
eine Stunde später.

Anmeldungen sind an den Kreisausföhr des Kreises
Teltow, Berlin W 35, Lühnowstraße 87, zu richten und müssen
enthalten: Name, Alter und Geburtsdatum der einzelnen Tiere.

Für die Aufnahme der Tiere gelten folgende Bedingungen:

1. Berechtigt zur Inanspruchnahme der Felle sind nur
Landwirte aus dem Kreis Teltow für ihre eigenen Tiere.
2. Aufgenommen werden nur zur Zucht bestimmte Stut-
föhlen und Füllen im Alter von 1-3 Jahren. Tiere,
die nach dem 1. April 1933 oder vor dem 1. April 1931
geboren sind, werden nicht aufgenommen. Soweit Platz,
werden auch Wallachföhlen aufgenommen.
3. Die Tiere müssen gesund sein und dürfen nicht aus Ställen
oder Geföhlen stammen, in denen ansteckende Krankheiten
herrschen. Bei der Einföhrung wird von jedem Be-
sitzer die unterföhrliche Versicherung gefordert, daß in
den letzten 2 Jahren in seinem Betriebe weder tech-
nische Verfahren noch Virusinfektionen aufgetreten sind.
4. Jeder jedes Tier sind genaue Angaben zu machen über
Alter und Trächtigkeit. In Zweifelsfällen gilt die Fest-
stellung des Tierarztes bei der Aufnahme als maß-
gebend.
5. Im Aufnahmetermin müssen die Tiere sauber gereinigt
und mit beendeten Föhlen oder Klauen zur tierärztlichen
Untersuchung vorgeföhrt werden. Mit Ungeziefer usw.
belastete Tiere werden nicht aufgenommen.
6. Jeder Aufnahme oder Einföhrung der Tiere wird im
Aufnahmetermin von unseren Beauftragten entgegengenommen.
7. Eine Viehverföhrung wird durch die Kreisverwaltung
nicht abgeschlossen. Schäden den Tieren auf der Felle
oder bei Zuföhrung und Abholung nehmen, trägt der
Besitzer. Schadenersatzansprüche an den Kreis sind aus-
drücklich ausgeschlossen.
8. Das Weiderecht beträgt täglich (Tag der Zuföhrung und
der Abholung werden als ein Tag gerechnet)
für einjährige Tiere 15 Akr.
" zwei " " 20 "
" drei " " 30 "

Das Weiderecht wird bei der Abholung der Tiere fällig. Für
Rückstände sind 5% Verzugszinsen zu zahlen.
Berlin, den 16. April 1934.

Kreisausföhr des Kreises Teltow. Roennede.
A. II. 1574.

Bekanntmachung

betreffend die diesjährige Frühjahrsschön-
zeit, den Betrieb der fändigen Föhrer-
vorrichtungen sowie den Gebrauch von Röder-
föhrungsgeräten.

I.
Die diesjährige Frühjahrsschönzeit wird auf Grund des
§ 14 der Föhrerechtsordnung vom 29. März 1917 (Amtsblatt
S. 220 ff.) auf die Zeit vom 20. April, 6 Uhr vormittags,
bis zum 1. Juni, 6 Uhr vormittags, festgelegt. Während
dieser Zeit ist in den offenen Gewässern des Regierungsbezirks
der Föhrung verboten.

Ausgenommen von diesem Verbot ist nur die stille
Föhrerei, d. h. das Föhren mit Fanggeräten, die weder ge-
zogen noch gezogen werden, namentlich mit: Schleppnetzen, Wal-
ken, Unterföhlen, Störchen, Gams, Draht, Kar-
ren, sowie mit Treib- (Schwimm-) Netzen ohne Begleitung
von Booten. Zu der stillen Föhrerei gehört auch der
Gebrauch der Legeangel, Grundangel (Wallföhr) und Wuppel.
Außerdem ist gestattet das Föhren mit der Handangel. Die
Spinnangel und Schleppangel sind als bewegte Geräte ver-
boten.

II.
Gemäß § 108 des Föhrerechtsgesetzes vom 11. Mai 1916
(S. 220 ff.) ist, daß während der Dauer der
genannten Schönzeit in diesem Jahre der Föhrung aus mit
fändigen Föhrerechtsvorrichtungen (§ 55 Abs. 5 S. 6.) aus-
geschlossen werden darf.

III.
Gemäß § 18 der F. O. vom 29. März 1917 (Amtsblatt
S. 220 ff.) in Verbindung mit den §§ 106, 107 der Aus-
führungsverordnung zum Föhrerechtsgesetz vom 16. März 1918
(Min.-Bl. für Landwirtschaft S. 52) ist, daß diejenige
Föhrerei, die zum Fang mit Legeangel, Grundangel (Wallföhr),
Wuppel und Wuppel berechtigt ist, zum Fangen von Röder-
föhlern (Wallföhl) für den eigenen Bedarf den Gebrauch des
Grei- oder Grei-Netzes (Wallföhr) und des Kreuzzugnetzes
(Scharenföhr, Wallföhr).

IV.
Innerhalb des Gebietes der Föhrerei-Schutzenschönzeit
sind die Bestimmungen unter Ziffer I keine An-
wendung gegenüber den Mitgliedern der Genossenschaft, deren
Bächen, angestrichelten Bächen und Geföhlen und gegenüber

Einseitige Entwaffnung Deutschlands eine politische Unmöglichkeit

Reichsaussenminister Freiherr von Neurath
hielt am Freitagabend vor einem Kreis von Vertretern
der deutschen Presse eine Rede, in der er u. a.
folgendes ausführte: Die seit mehr als sechs Monaten
geführten Verhandlungen zwischen den hauptsächlich
beteiligten Großmächten sind von Frankreich
brüskt abgebrochen worden, und zwar mit einer
Begründung, die die schwersten Beschuldigungen gegen
Deutschland in sich schließt. Die in der französischen Note
gegen Deutschland gerichteten Angriffe und Vorwürfe
sind in einzelnen zu entkräften, scheint mir allerdings
kaum erforderlich zu sein. Es ist ja leicht zu sehen und
ist sicherlich nicht nur in Deutschland erkannt worden, daß
die wahren Gründe für den schwerwiegenden Ent-
schluß der französischen Regierung in anderen Dingen
liegen als den von ihr jetzt beanstandeten Zahlen
unseres letzten Wehrersatzes.

Man muß es nicht von vornherein einem jeden, der die Dinge
natürlich und einfach sehen will, in Erfahrung legen, daß
eine Regierung, deren eigene Wehrausgaben sich im letz-
ten Jahre auf über 16 Milliarden Franken
belaufen, kaum schlagfertig sein kann, daß sie auf 890 Millionen
Franken beschränken will, wenn die französische Regierung, die
diesjährige Erhöhung des deutschen Wehrersatzes um etwa
220 Millionen Mark als eine Friedens-
bedrohung brandmarken will, obwohl der
größte Teil dieser Summe für die gerade von Frank-
reich geforderte Umwandlung unserer Reichs-
wehr in Luftstreitkräfte genommen worden ist?

Hat nicht Frankreich selbst seine Wehrausgaben in
den letzten Jahren trotz der schwebenden Abrüstungs-
verhandlungen wiederholt sprunghaft erhöht?

Und kann eine Macht, die über die gewaltigste militärische
Zufuhr der Welt verfügt, wirklich ernstlich in Sorge
darüber sein, daß Deutschland, um seine Zivilbevölkerung
durch besondere Einrichtungen in den Krisenfällen gegen
feindliche Luftangriffe zu schützen, den Betrag von 50 Mil-
lionen und daneben für die Reorganisation der seit
Jahren darüberliegenden Zivilschutzkräfte den Betrag von
160 Millionen Mark in seinem Etat bereitstellt? Das
Verhalten Deutschlands gibt nicht den geringsten hin-
reichenden Grund für die plötzliche Rückstufung aus den Ver-
handlungen. Die französische Regierung will den ent-
scheidenden Gesichtspunkt für die Verurteilung des deut-
schen Wehrersatzes allein aus der Tatsache entnehmen, daß
die Versailles Vertragsregelung noch durch keinen an-
deren Vertrag ersetzt sei. Ich verzichte darauf, diesen
Standpunkt durch den Hinweis darauf zu widerlegen, daß
die militärischen Klauseln des Versailles Vertrages
überhaupt nichts über die Höhe des deutschen Wehr-
ersatzes enthalten

und daß die etatsmäßige Bereitstellung von Mitteln noch
nicht mit ihrer tatsächlichen Herausgabe gleich-
bedeutend ist.

Weit wichtiger ist es, sich klar zu machen, was der
französische Standpunkt im Prinzip besagt. Er läuft
darauf hinaus, daß

die Befriedung der Abrüstungsfrage im freien
Belieben der hochgerüsteten Staaten steht,

daß Deutschland dagegen geduldi abzuwarten hat, was
sie beschließen, und daß es selbst dann kein Recht hätte,
etwas zu fordern und zu tun, wenn die anderen Mächte
nach den bisherigen acht Jahren noch weitere zwei oder
sünf oder zehn Jahre ergebnislos verhandeln und dabei
ihre eigenen Rüstungen fortgesetzt steigern. Ich werde

denjenigen Personen, die auf Grund von Erlaubnisföhrern
der Mitglieder oder ihrer Bächter den Föhrung ausüben.

V.
Bei den Gewässern, die die Grenze zwischen den Re-
gierungsbezirken Magdeburg und Potsdam bilden, gelten die
vorstehenden Bestimmungen auch für die im Regierungsbezirk
Magdeburg liegenden Gewässerteile. Ebenso gelten die vor-
stehenden Bestimmungen auch für alle Gewässer im Re-
gierungsbezirk Magdeburg, die zur Föhrerechtschutzenschönzeit
Sammel gehören.

Potsdam, den 8. April 1934.
Der Regierungspräsident
für den Regierungsbezirk Potsdam.

Veröffentlicht.
Berlin, den 23. April 1934.
Landrat des Kreises Teltow. Roennede.
A. II. 1531.

Fortsetzung auf der 2. Seite der ersten Beilage.

offen, ich habe es nicht für möglich gehalten, daß eine
Regierung bei dem jetzigen Stande der Dinge heute noch
ernsthaft mit einer solchen These hervortreten könnte. Sie
stellt

das ganze Fundament der Abrüstungsfrage nicht nur
in rechtlicher, sondern auch in politischer und histori-
scher Beziehung einfach auf den Kopf.

Die Signatarmächte sind seit langem nicht
mehr frei, in der Abrüstungsfrage nach beliebigem
Ermeßen und Gutdünken zu handeln. Sie haben in den
Verträgen von 1919 dem Problem seine konkrete Form
dadurch gegeben, daß sie einerseits die Zentralmächte zur
ressortlosen Entwaffnung gezwungen, daß sie andererseits
aber diese außerordentliche Maßnahme vertraglich als
ersten Schritt zur Durchföhrung der allge-
meinen Abrüstung festgelegt haben. Die Leistung
Deutschlands ist bis zum letzten Buchstaben des
Vertrages erfüllt worden. Die jetzt fällige
Gegenseitigkeit, die Durchföhrung der allgemeinen Ab-
rüstung, steht vollständig aus. Das ist die wirkliche
Grundlage des Abrüstungsproblems.

Die Abrüstungskonferenz hat wenigstens das Eine
gegenüber der jetzt von Frankreich beliebten These klar-
gestellt, und zur allseitigen Anerkennung gebracht, daß
nämlich eine Fortdauer des Zustandes einseitiger
Entwaffnung Deutschlands inmitten seiner
hochgerüsteten und auch in ihren künftigen Rüstungs-
maßnahmen unbefröhten Nachbarn eine flagrante
Rechtswidrigkeit und eine politische Un-
möglichkeit sein würde. Ein einfaches Verbleiben
Deutschlands bei dem in Versailles aufgezogenen
Rüstungsregime wäre deshalb nur dann in Frage ge-
kommen, wenn die anderen Mächte sich entschlössen hätten,
ihre Rüstungen auf das gleiche Niveau herabzusetzen.
Über diese Forderung ist kategorisch abgelehnt worden.
Die deutsche Gleichberechtigung ist in der bekann-
ten Fünfgrößten-Erklärung vom Dezember 1932 ausdrück-
lich und bindend festgelegt worden. Mit Recht hat deshalb
die deutsche Regierung in ihrem am 13. März d. J. es-
sentialen Memorandum vom 13. März d. J. es
als eine selbstverständliche, von allen Seiten längst an-
erkannte Tatsache hingestellt, daß

für Deutschland unter keinen Umständen mehr ein
Rüstungsstand in Betracht kommen könne, wie er in
Versailles festgelegt wurde.

Will man aber schon nach rein formalrechtlichen
Grundsätzen urteilen, dann sollte man sich die Frage vor-
legen, wem wohl das bessere Recht zur Seite steht, ob
Frankreich, wenn es die Ziele seiner letzten Note ver-
tritt, oder Deutschland, wenn es jetzt etwa darauf bestehen
wollte, seine Gleichberechtigung sofort und unge-
hindert bis zu dem Maße verwirklicht zu sehen, das dem
Stützpunkt der Abrüstung, der hochgerüsteten Staaten,
vor allem Frankreich, entspricht? Deutschland hat
diesen Anspruch nicht erhoben. Es hat zwar an der
Gleichberechtigung als Grund und Endziel festgehalten,
hat sich aber in nichterster, realpolitischer Würdigung der
gegebenen Verhältnisse dazu verstanden, für die erste
Abrüstungskonvention ein Regime zu akzep-
tieren, das nur einen äußerst bescheidenen Teil jenes End-
zieles in die Tat umsetzt. Wir haben an diesem maß-
vollen Standpunkt auch dann festgehalten, als sich immer
deutlicher herausstellte, daß mit irgendwelchen erheblichen
Abrüstungsmaßnahmen der hochgerüsteten Staaten insbe-
sondere Frankreichs, nicht zu rechnen war.

Auch jetzt sind wir zur Verhinderung jederzeit bereit.
Es war niemals unser Ziel, die Frage des künftigen
deutschen Rüstungsregimes einfach durch einseitige Ent-
schlüsse und Maßnahmen zu lösen. Die Reichsregierung
ist sich stets bewußt gewesen, wie gegenständig sich gerade
eine Einigung über das Abrüstungsproblem für die
politische und wirtschaftliche Zukunft aller Länder aus-
wirken würde. Deshalb wünschen wir nach wie vor das
baldige Zustandekommen einer Konvention.

An den Verordnungen und Zugeständnissen, wie wir sie
zuletzt gemacht haben, halten wir fest.

Alle Behauptungen, als ob wir uns nicht nur auf die
Vorbereitung einer deutschen Abrüstung, sondern
auf die Abrüstung mit Angriffswaffen eingestellt
hätten, verweise ich auf das entscheidende in das
Reich der Fabel.

Unsere Vorschläge und Zugeständnisse aber zum Inhalt
eines Vertrages zu machen, das steht jetzt nicht mehr bei
uns, sondern bei den anderen Mächten.